



Oberkochen, den 22.05.2022

**Landratsamt des Ostalbkreises
z. Hd. Herrn Landrat Dr. Bläse
Stuttgarter Straße 41
73430 Aalen**

Antrag zur Einrichtung einer Beratungsstelle für Bürger mit Impfnebenwirkungen & Impfgeschäden

Antrag:

- a) Der Kreistag Ostalbkreis beauftragt den Landrat mit der Einrichtung einer zentralen Anlauf- und Beratungsstelle für Bürger mit Impfnebenwirkungen und Impfgeschäden. Das Angebot umfasst Erfassung, Beratung, begleitende Überweisung in die ärztliche Behandlung und Dokumentation des Behandlungs-/Krankheitsverlaufs.**
- b) Die Beratungsstelle wird befristet auf zwei Jahre eingerichtet. Im Falle einer Verlängerung oder Neuauflage der staatlichen Corona-Impfkampagne wird die Beratungsstelle nach Ablauf automatisch um ein weiteres Jahr verlängert.**

Begründung:

Impfungen unterliegen immer einer spezifischen und individuellen Risiko-Nutzen-Analyse, deren persönliche Abwägung mit wachsender empirischer Evidenz zur besseren Gesundheitsprävention beitragen kann. Aufgrund besonderer gesellschaftspolitischer Dynamik und vereinfachten bzw. verkürzten Notzulassungen der Corona-Impfstoffe ist die bisherige Infrastruktur zur Erfassung, Analyse und Behandlung von Impffolgen ungenügend.

Laut Paul-Ehrlich-Institut haben 0,02 Prozent der Corona-Geimpften schwere Impfschäden, wie z.B. eine Herzmuskelentzündung erlitten. Erhebungen in anderen Staaten erkennen ca. ein Prozent Nebenwirkungen, was auf eine strukturelle Unterfassung in Deutschland von erheblichem Ausmaß hinweist.

Auch Prof. Dr. Harald Matthes vom Berliner Charité geht aktuell davon aus, dass mindestens 0,8 Prozent der Geimpften von schweren Impfnebenwirkungen betroffen sind, also 40fach höher als vom PEI ausgewiesen. Inzwischen finden immer mehr Berichte von betroffenen und teils schwer erkrankten Menschen ihren Weg in die traditionellen Medien, wie z.B. den MDR/ARD.

(Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=4TN6qRf7S2U>)

Die größte Belastung für diese Menschen, ist neben der physischen Pathologie, die enorme psychologische Belastung, da es solche Nebenwirkungen nach offiziellem Narrativ eigentlich gar nicht geben dürfte.

Professor Matthes fordert deshalb mehr Anlaufstellen für Betroffene.

Der Staat steht hier aufgrund seiner gesetzgeberischen Rolle im sogenannten Corona-Management, der einrichtungsbezogenen Impfpflicht und dem implizitem Impfdruck auf die Gesellschaft ganz besonders in der Verantwortung, diesen Menschen nicht nur Gehör zu gewähren, sondern auch aktiv Hilfe zu leisten.

Mehr empirische Evidenz, absolute Transparenz und unbürokratische, empathische Unterstützung für betroffene Menschen sind von grundlegender Bedeutung für das Vertrauen in unser Gesundheitssystem und die Akzeptanz auch von jahrzehntelang bewährten Impfverfahren. Den jahrhundertlang akkumulierten wissenschaftlichen Fortschritt sollte man nicht durch politisch opportunes Wegdücken und Schönreden gefährden.

Für die AfD-Fraktion im Kreistag Ostalb
Susanne Mützel

Fraktionsvorsitzende
Fraktionsgeschäftsführerin